

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

erschienen wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adlestr. 16 a part.
Telephonruf: Nr. 8892.

Insertionsgebühren pro sechsgepaltene Kolonnetten:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatangelegenheiten 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **380 600** EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

Der Preußenkampf.

Nur wenige Tage trennen uns noch von dem Vollzug der Urwahlen zum preussischen Landtag. Ein bedeutungsvoller Wahlkampf findet damit seinen Abschluß, ein Wahlkampf freilich, der nicht so hohe Wogen schlug, als wir sie aus den Reichstagswahlkämpfen kennen. Das liegt an dem reaktionären Charakter des Dreiklassenwahlrechts; lähmend wirkt das Selbstwahlrecht auf die Kräfte des Volkes, nur schwer sind die Massen für einen Kampf in Bewegung zu bringen, der ihnen von vornherein in weitaus den meisten Wahlkreisen als gänzlich aussichtslos erscheinen muß.

Das Wahlrecht, das dem preussischen Volke vor sechzig Jahren durch einen eibdrückigen König und eine gewissenlose Regierung auf Betreiben des Junkertums aufgezwingen wurde, schießt die Arbeiterklasse von einer Teilnahme an der Gesetzgebung und der Verwaltung vollständig aus. Damit ist der tatkräftigste, rühmlichste Faktor der neuzeitlichen Politik lahmgelegt, sein belebender Einfluß fehlt dem Wahlkampf. Es ist indessen zu hoffen, daß trotz der mangelnden Lebhaftigkeit der Wahlagitator die Wahlbeteiligung diesmal alle Zahlen früherer Jahre übertreffen wird. Denn eine geringe Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen ist traditionell; in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen hat sie noch bei der letzten Wahl nur 4 bis 5 Prozent der Wahlberechtigten betragen, ja in 687 Urwahlbezirken sind 762 Fälle vorgekommen, in denen die Wahlmännerwahl überhaupt nicht stattfinden konnte, weil nicht einmal ein einziger Urwähler zur Wahlversammlung erschienen war!

Ein solches Resultat ist um so verwunderlicher, weil der Wahlsinn des Selbstwahlrechtes in vielen Fällen eine geradezu ungeheuerliche Macht in die Hand einer oder einiger Personen legt: es kamen im Jahre 1903 bei im ganzen 27182 Urwahlbezirken 2159 mit nur einem einzigen Urwähler in der ersten Abteilung und 1770 mit nur zwei Urwählern vor; diese 3929 Urwahlbezirke machen 14,4 Prozent aller mit ersten Abteilungen versehenen aus; auch in der zweiten Abteilung gab es noch immer 79 mit nur einem und 131 mit nur zwei Urwählern, ja in 80 Urwahlbezirken gab es sowohl in der ersten wie in der zweiten Abteilung nur je einen Urwähler. Ein solcher Unsinn muß natürlich abschreckend wirken. Und diese Wirkung ist nicht etwa zufälliger Natur, sondern der eigentliche Zweck des ganzen Systems. Das Volk soll nicht wählen, soll unter dem Schein des Rechtes doch tatsächlich um sein elementarstes Recht betrogen werden.

Das preussische Dreiklassenwahlrecht baut sich, wie hinlänglich bekannt ist, auf der Steuerleistung der Staatsbürger auf. Nun weiß aber jeder, daß kein Teil der Gesetzgebung eines Landes beweglicher sein darf und muß als die Steuergesetzgebung, die sich den schnell verändernden wirtschaftlichen Verhältnissen jederzeit anzupassen hat. Und kein Teil der Gesetzgebung eines Landes muß seinem Wesen nach fester sein als das Wahlrecht, das den Unterbau der ganzen Verfassung liefern muß. Doch diese beiden Teile der Gesetzgebung hat man in Preußen in eine solche Verbindung gebracht, daß jede Veränderung der Steuergesetzgebung ihre Einwirkung auf das Wahlrecht ausüben mußte. Man kam zuletzt so weit, daß man zwar tatsächlich alte Steuern beseitigte, sie aber als fingierte Steuern dennoch in den Listen fortbekam ließ, als Steuern, die nicht bezahlt werden, sondern nur ein Wahlrecht begründen sollen! Aber es ist nicht das Wahlrecht allein, vielleicht nicht einmal in erster Linie, was die großen Massen des Volkes benachteiligt; fast noch wichtiger ist das Unrecht der Wahlkreiseinteilung. Durchmustert man die Tabelle der Einwohnerzahlen in den 276 preussischen Wahlkreisen, in denen zusammen 443 Abgeordnete zu wählen sind, so schreitet man von der Mindestzahl von 34049 bis zur Höchstzahl von 323474 Einwohnern auf einen Abgeordneten empor; 183 Wahlkreise haben weniger Einwohner als die Durchschnittszahl (84160), 93 haben mehr als den Durchschnitt. Es ist eine Tatsache, daß die Bevölkerung Preußens durch die Wahlkreiseinteilung in zwei gleiche Teile von je 18,6 Millionen Einwohnern geschieden ist, während die andere in 94 Wahlkreisen nicht mehr als 139 Abgeordnete wählen darf. Die Einwohner der kleinen Wahlkreise haben zum Teil mehr als das Sechsfache des Wahlrechtes der großen. Am schlimmsten werden die Großstädte und die industriellen Gebiete des Landes durch diese Einteilung geschädigt. Die Wahlkreiseinteilung bedeutet eine Prämie auf Bevölkerungszunahme und eine Bestrafung für Bevölkerungszunahme. Aber ihre empörende Ungerechtigkeit wird erst dann recht klar, wenn man auch noch die Steuerleistung zum Vergleiche heranzieht. Dazu ist man offenbar um so mehr berechtigt, als ja die Steuerleistung gerade die Grundlage des ganzen preussischen Wahl-

rechtes ist, aber vielmehr verlogenerweise dafür ausgegeben wird. In der Wahlkreiseinteilung wird das Prinzip, daß der Wahlberechtigte um so mehr Rechte haben soll, als einer Steuer zahlt, einfach auf den Kopf gestellt. Die steuerkräftigen Wahlkreise haben nämlich danach nicht etwa auch nur das gleiche Unrecht auf politischen Einfluß wie die steuer schwachen, sondern umgekehrt: je steuerkräftiger ein Wahlkreis ist, um so weniger politische Rechte hat er.

Wahlkreiseinteilung und Klasseinteilung der Wähler bringen zusammen das Endergebnis hervor, daß die arbeitenden Schichten der industriell und kulturell am weitesten vorgeschrittenen Bezirke Preußens doppelt entrechtet sind, daß die Grundbesitzer in den rückständigsten Bezirken doppelt und dreifach bevorzugen sind. Die Arbeiter der Industrie und des Handels sind einmal rechtlos als Wähler dritter Klasse gegen die Handvoll von Wählern der beiden obersten Klassen, sind zum zweitenmal rechtlos durch das Gewicht der agrarischen Wahlbezirke. Und mit jeder Wahlperiode ist dieses Unrecht gewachsen! Die natürliche Abneigung der großen Masse der Bevölkerung, sich durch eine elende Wahlkomödie geradezu zum Narren halten zu lassen, hat es mit sich gebracht, daß beim jetzigen Landtagswahlkampf nicht Fragen der praktischen Politik in den Vordergrund gerückt werden konnten, sondern daß die Hauptarbeit der Aufklärung des Volkes über das schmachvolle Unrecht gelten mußte, unter dem es leidet, sondern der Entfesselung des Widerstandes gegen dieses Unrecht. Die Wahlrechtsfrage steht im Mittelpunkt dieses Kampfes. Alle Parteien und auch die Regierung, die nur eine Partei mehr ist, haben ihre Stellung dazu nehmen müssen. Allen voran ging die Sozialdemokratie, die mit geschlossenem Ansturm das Reichstagswahlrecht für Preußen zu erobern bemüht ist. Nach dem 10. Januar, als Bülow mit brutaler Rücksichtslosigkeit auch die bescheidenste Reform des preussischen Wahlrechtes abgelehnt hatte, schien es einen Augenblick, als ob wirklich weite Kreise auch der nichtsozialdemokratischen Volksmassen in Preußen gegen die Dreiklassenwahlreform Sturm laufen würden. Aber es schien nur so. Niemals zuvor hat sich die politische Charakterlosigkeit der bürgerlichen Parteien so vor aller Welt offenbart, wie in diesem Wahlkampf.

Während noch im Beginn die Wahlausrufe wenigstens mit einigen Phrasen für oder gegen die Wahlreform gespickt wurden, ist das nunmehr längst abgetan: nicht die Frage der Wahlrechtsreform, überhaupt nicht eine Frage des politischen Prinzips bildet heute den Gegenstand der Erörterungen in den bürgerlichen Wählerversammlungen, sondern die Kandidatenauswahl ist der einzige Punkt, um den sich die Debatten drehen. Jede dieser Parteien ist bestrebt, möglichst viele Mandate zu erraffen, und zu diesem Zwecke bereit, mit Tod und Teufel Bündnisse abzuschließen. In dem einen Wahlkreis geht der Freisinn Hand in Hand mit den preussischen Junkern, während in Nachbarwahlkreise die Liberalen sich zusammenschließen, und im dritten die Junker mit dem Zentrum Ruchhandel treiben. Das ist überhaupt nicht mehr Politik — das ist nur noch ein jämmerliches Schachern um Mandate.

Theoretisch schien die Lage beim Beginn des Wahlkampfes sehr übersichtlich zu sein: heute besitzen Konservative und Freikonservative beinahe die absolute Mehrheit im preussischen Parlament; dies dient der Regierung zum Vorwand der Ablehnung jeder Reform. Man hätte denken sollen, daß sich deshalb alle Freunde der Wahlreform, ohne Unterschied der Parteistellung, zunächst in dem einen Punkte zusammengefunden hätten, mit aller Kraft den Einfluß des Junkertums zu schwächen und damit den Weg für die Reform frei zu machen. Die Sozialdemokratie hat es an Versuchen in dieser Hinsicht nicht fehlen lassen, sondern schon auf dem preussischen Parteitag 1907 laut und nachdrücklich erklärt, daß sie bereit sei, jeden Freund des Reichstagswahlrechtes bei den Wahlen mit aller Kraft zu unterstützen. Aber in dieser Sache versagte der durch Bülows Blockpolitik vollständig korrumpierte Freisinn so schmachlich, wie selbst seine erbittertesten Gegner nicht vorausgesehen hatten. Und weil er versagte, deshalb blieb auch dem Zentrum eine präzise Stellungnahme erspart; diese Partei, die auf eine starke Arbeitererschaft in ihren Reihen Rückhalt zu nehmen gezwungen ist, hätte unter keinen Umständen hinter dem Freisinn im Kampfe für das Reichstagswahlrecht zurückstehen dürfen, wollte sie sich nicht der Gefahr eines starken Stimmenverlustes aussetzen; nachdem aber der Freisinn den widerlichsten Verrat geübt hatte, war das Zentrum jalouisiert: über einige Versprechungen ist es nicht hinausgekommen, ja von einer Neueinteilung der Wahlkreise will es sogar für den Fall einer Reform des Wahlrechtes überhaupt nichts wissen.

Viele Jahre hindurch hat sich die sozialdemokratische Partei in Preußen völlig ablehnend gegen die Beteiligung an den Landtagswahlen verhalten. Ihre leitenden Männer gingen von der festen Ansicht aus, daß eine staatliche Institution keine Lebenskraft habe, wenn ihre Ungerechtigkeit nachgewiesen und ihre Gemeinwohlbedeutung nicht zweifelhaft sei. Man glaubte, der preussische Landtag werde „verfaulen“, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung schreite so rasch vorwärts, daß es sich nicht lohne, mit den Überresten des Feudalismus einen langen Kampf zu beginnen. Daher

muß nun viel Versäumtes nachgeholt werden, und die Agitation erst die Vorbedingungen einer lebhaften Teilnahme des preussischen Volkes an den Geschicken seines Staates schaffen. Und welche gewaltigen Gebiete sind da zu bearbeiten! Selbst alle die gesetzgeberischen Materien, die durch die Reichsverfassung auf das Reich übertragen worden sind, gehören mit zur preussischen Politik, weil die Ausführung der Reichsgesetze bekanntlich den Einzelstaaten überlassen blieb. Aber daneben und darüber hinaus umfaßt die Landespolitik das gesamte Bildungswesen der Nation, die organisierte Sorge für die Gesundheitspflege, das Polizeiwesen, das Forstwesen, das Bergwerkswesen, das Kommunalwesen, den Strafvollzug, das Steuerwesen — kurzum eine fast unübersehbare Fülle von Aufgaben. Für die Arbeiterkreise kommt als besonders beachtenswert hinzu, daß der preussische Staat der größte Unternehmer der Welt ist; in seinen Eisenbahnbetrieben, seinen Bergwerken, seinen Salinen, seinen Forsten, seinen Domänen, seinen Bildungsanstalten beschäftigt er mehr Arbeiter als die amerikanischen Riesenbetriebe größter Art. Er könnte mit seiner Sozialpolitik nicht nur für die Grenzen des eigenen Landes, nein, für Deutschland, ja den ganzen Kontinent vorbildlich wirken, gerade so wie er jetzt rückwärtlich wirkt.

Man hat das preussische Problem das Zentralproblem der deutschen Politik genannt. Mit Recht. Die Befreiung Deutschlands aus zum Teil noch halbbrutalistischen Zuständen ist nur möglich, wenn der Einfluß des Junkertums zurückgeworfen wird. Die hartnäckige Bekämpfung der Idee der Gleichberechtigung aller Staatsbürger durch die preussische Regierung, die sich beim Fürsten Bülow bis zu einem ingrimmigen Maß gegen das bestehende Reichstagswahlrecht gesteigert hat, ließ die alte Mainlinie wieder aufleben. Im Süden und Südwesten des Reiches wird das Wahlrecht demokratisiert, das Selbstbestimmungsrecht der Völker ausgeweitet, die Verwaltung mehr und mehr den Bedürfnissen der neuen Zeit angepaßt; dort herrscht Leben und Bewegung, Fortschritt und Aufschwung, der politische Instinkt der Bevölkerung regt sich, das politische Bewußtsein wächst. Aber im Norden, in Preußen, lastet eine düstere Reaktion auf dem ausgebeuteten und geknechteten Volke; Pfaffen und Junker bemühen sich gemeinsam, jedes Freiheitsgefühl zu ersticken, die Sehnsucht nach Entwicklung im Schulkinde schon totzuschlagen. Ihr Ideal ist der alte Ständestaat, sie wollen nicht Staatsbürger, sie wollen Untertanen, gehorames Kanonensfutter und Steuerzahler züchten. Der dümmste Arbeiter ist ihnen der liebste; sie möchten den Landproleten an die Scholle fesseln, dem städtischen keine Freiheitsmücken mit dem Polizeihals austreiben. Typisch für dieses brutale Regiment ist der unerhörte Überfall der preussischen Polizei auf das Geschäftshaus des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Berlin, der einem unserer Kollegen 50 M Geldstrafe und der preussischen Polizei eine Verurteilung in den Augen aller gefitteten Menschen eintrug. Mit ungeduldigem Eifer hat in diesem Frühjahr das preussische Proletariat sich ein Recht auf die Straße erobert und in machtvollen Demonstrationen seinen Anspruch auf politische Gleichberechtigung sinnfällig gezeigt. Hier gibt es kein Zurück mehr, nur noch ein Vorwärts. Nicht das ist verwunderlich, daß die Arbeiter endlich einmal in friedlichen Demonstrationen den Herrschenden zeigten, wie sie aus dem Zustand der Rechtslosigkeit herauszutreten, verwunderlich ist nur, daß sie nicht schon längst die Geduld verloren haben!

Nun soll am 3. Juni der Urwähler wieder an den Wahlen treten, wo sein säuberlich zu Protokoll genommen wird, welchem Wahlmann er seine Stimme zu geben gedenkt. Der gemeingefährliche Anflug der öffentlichen Stimmabgabe sichert heute die Reaktionen nicht mehr vor Überraschungen, und als kürzlich die Sozialdemokratie einmal andeutete, daß sie ja bei dieser Gelegenheit den Spieß umdrehen könne, die zur Verantwortung zu ziehen vermöge, die sich als Feinde der Arbeiterschaft selbst entstellten, da brach die ganze reaktionäre Bande in ehler sittlicher Entrüstung gegen diesen „Terrorismus“ aus. Diese Heuchler! Mit vollem Juch und Recht wird das Proletariat von jedem, aber auch jedem Mittel Gebrauch machen, um der herrschenden Clique zu zeigen, daß die Weltgeschichte in den letzten 60 Jahren nicht stillgestanden hat. Mögen sie schreien und winseln; mögen sie drohen und fauchen — die Arbeiterschaft Preußens wird dafür sorgen, daß am 3. Juni zum letztenmal unter dem elendesten aller Wahlsysteme gewählt worden ist! Keine Bülow'sche Korruption, keine Redeschmeichelei kann hier ein Halt gebieten: das freie Wahlrecht ist das Zeichen! Am 3. Juni wird der erste Schritt zu seiner Eroberung getan, trotz alledem und alledem!

Wohlfür machen die Verhältnisse den Menschen, aber der Mensch macht auch die Verhältnisse. Wenn wir sagen: Der Mensch kann den Gang der Entwicklung nicht willkürlich ändern, so heißt das nicht, daß er die Hände in den Schoß legen und in fatalistischem Köhlerglauben warten soll, bis ihm der „Segen von oben kommt“.

Schließ, Frauenrechtlerin, dich an — Dem Kampf der Männer voll Vertrauen. — Wenn sich das ganze Volk befreit — Vom Jann der Ungerechtigkeit. — Dann kommen auch zum Recht die Frauen.

Statistische Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Heizungs- und Helfer Deutschlands.

Am 15. Mai des Jahres 1904 tagte im Gewerkschaftshaus in Berlin die erste Konferenz der Rohrleger Deutschlands. Es war dem Berliner Rohrlegern möglich gewesen, geführt auf ihre Organisation, den Deutschen Metallarbeiter-Verband, eine tarifliche Vereinbarung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit den Unternehmern abzuschließen. Sehr bald aber wurde eine drückende Konkurrenz sichtbar, so daß man sich gezwungen sah, Beratung darüber zu pflegen, ob die Möglichkeit bestehe, einen Tarif über ganz Deutschland abzuschließen. Diese Möglichkeit bestand nicht, denn eine Organisation war, außer in Berlin, nur an wenigen Orten vorhanden, und dort fast nur in den ersten Anfängen. Die Konferenz mußte sich also lediglich auf die Entgegennahme von Verträgen aus den einzelnen Orten beschränken. Das Resultat der weiteren Beratungen war die Annahme nachstehender Resolution:

Die am 15. Mai 1904 im Gewerkschaftshaus zu Berlin tagende Konferenz der Rohrleger und Helfer erachtet die Schaffung möglichst einheitlicher Arbeitsbedingungen im gesamten (Gas-, Wasser- und Heizungs-)Rohrlegergewerbe für dringend geboten und empfiehlt zur Erreichung dieses Zweckes den Abschluß korporativer Arbeitsverträge. Bei der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in den einzelnen Orten und der Organisation hält die Konferenz die Durchführung eines einheitlichen, bis ins kleinste Detail ausgearbeiteten Tarifs für undurchführbar, betrachtet jedoch als das mindeste, daß durch örtliche Tarife vorerst erstrebt werden soll die folgende Grundlage:

- 1. Einführung einer einheitlichen täglichen Arbeitszeit unter Erhebung des Neunstundentags.
2. Festsetzung eines Mindestlohns für Rohrleger und Helfer, wobei als Rohrleger jeder Arbeiter gilt, der nach Zeichnung oder Angabe selbständig Anlagen ausführen kann.
3. Einführung einer einheitlichen Lohnzulage an Rohrleger und Helfer für auswärtige Arbeiten unter Ausschluß der Einrechnung dieser in etwaige Akkordarbeit.
4. Möglichste Beschränkung der Überzeit, Sonn-, Feiertags- und Nacharbeit beziehungsweise Gewährung entsprechender Zuschläge zum Lohne.
5. Möglichste Beschränkung der Akkordarbeit beziehungsweise bei Beibehaltung derselben Verteilung etwaiger Überschüsse an alle an der betreffenden Arbeit beteiligten Rohrleger und Helfer im Verhältnis zu ihren Lohnsätzen.
6. Aufstellung von Grundätzen für die Abnahme und die Abrechnung über fertige Anlagen, nach denen die Auszahlung des Heißbetrags an Lohn möglichst sofort nach der Abnahme erfolgt.
7. Bildung örtlicher Ausschüsse in paritätischer Zusammensetzung zur Durchführung und Überwachung der getroffenen Tarifvereinbarungen und Schlichtung von Streitigkeiten aus diesen oder dem Arbeitsverhältnis.

Es darf wohl an dieser Stelle gesagt werden, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband eifrig bemüht gewesen ist, die in der Resolution vorgeschriebenen Wege zu wandeln. Sind doch zurzeit in 16 Orten die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Heizungs- und Helfer tariflich geregelt. Auch das Organisationsverhältnis hat sich inzwischen bedeutend verbessert. Aber es bleibt noch ein tüchtiges Stück Arbeit zu tun übrig. Dabei wird das Material, das durch eine im Dezember 1907 und im Januar 1908 vorgenommene statistische Erhebung gewonnen wurde, den in der Agitation tätigen Kollegen sehr willkommen sein.

Art und Umfang der Erhebungen.

Die in der Heizungsbranche beschäftigten Arbeiter sind bisher bei unseren Berufszählungen nicht als Monteure oder Helfer geführt worden, sondern sie wurden bei dem Beruf, den sie erlernt, mitgezählt. Schloffer, Installateure, Klempner und Kupferstrome — zum Teil auch die Helfer — gelehrte und ungelernete Arbeiter, die sich im Laufe der Jahre die Fähigkeiten angeeignet, Heizungsanlagen selbständig fertigzustellen, gelten als Monteure. Genaue Zahlen über die Ausbreitung des Berufs liegen deshalb nicht vor. Auch über die Betriebe, die Heizungsanlagen herstellen, waren genaue Zahlen nicht zu ermitteln. Das Reichsadressbuch gibt zwar 529 Firmen an. Ein Teil unserer Verbandsfunktionäre berichtet aber, daß nicht alle diese Firmen Heizungsanlagen herstellen. Trotzdem also grundlegende Zahlen fehlen, kann die von unserem Verband aufgenommene Statistik als erste einheitliche Erhebung als gelungen bezeichnet werden, wenigstens insofern, als sie uns einigermaßen in die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einweiht. Es wurden 529 Fragebogen (für jeden im Reichsadressbuch aufgeführten Betrieb einer) nach 152 Orten ausgegeben. Eingegangen sind jedoch nur 271 Fragebogen aus 64 Orten. Gewiß hätte reichhaltigeres Material eingehen können, jedoch der Subjektivität und zum Teil der Strauchensucht der Monteure erschwerte die Durchführung der Aufnahme ungemein.

Die nachstehende, nach unseren Agitationsbezirken geordnete Tabelle I gibt über die ermittelten Betriebe und die darin beschäftigten Arbeiter Aufschluß. Es wurden ermittelt:

Tabelle I. Table with 11 columns: Bezirk, Zahl der Betriebe, Zahl der Arbeiter, etc. Rows include I, II, III, IV, V, VI, VII, VIII, IX, X, XI and a total sum.

Die ersten aus der Tabelle, daß insgesamt 271 Betriebe ermittelt wurden, die Heizungsanlagen ausführen. Von diesen wieder sind es 195 Betriebe, die nur Heizungsanlagen ausführen, und 76 Betriebe, die Heizungsanlagen im Nebenbetrieb ausführen, somit aber noch Arbeit für Heizungen oder andere Zwecke ausführen. Die Zahl der ermittelten Betriebe stimmt nicht überein mit der Anzahl der Firmen, die von verschiedenen Betrieben angegeben werden. Dazu ist zu bemerken, daß in der Zahl 71 eine Anzahl von

Tabelle II.

Tabelle II. Large table with columns for 'Orte' (Regions) and 'Betriebe' (Enterprises). Rows list regions like Danzig, Königsberg, Posen, etc., and their respective counts.

Tabelle IV.

Tabelle IV. Table with columns for 'Monteure' (Mentors), 'Hilfsmonteure' (Assistant mentors), and 'Helfer' (Helpers). Rows show counts for 'sub organized' and 'not organized' across different regions.

Gründungsmitglied enthalten sind (Organisationsverhältnis). Die Statistik zeigt, dass die Zahl der Arbeiter in den Betrieben im Laufe des Jahres 1908 im Vergleich mit dem Vorjahre um 1,2% zugenommen hat. Die Zahl der Arbeiter in den Betrieben im Laufe des Jahres 1908 im Vergleich mit dem Vorjahre um 1,2% zugenommen hat.

Über die Verteilung der Arbeiter in den einzelnen Orten gibt die folgende Tabelle II auf Seite 170 Aufschluss.

Das Organisationsverhältnis.

Es ist nicht zu verkennen, daß das Organisationsverhältnis der im Bergbau tätigen Personen sich im Laufe der letzten Jahre wesentlich verbessert hat. Inwieweit gibt es aber noch eine ganze Reihe von Städten und Bezirken, wo vor allem der Monteur von der Organisation nicht wissend ist. Zahlreiche Briefe und auch Bemerkungen auf den Fragebogen legen Zeugnis davon ab und unterstützen diese Leute als vom Rastengelst befallen. Am schlechtesten ist das Verhältnis der Arbeiter zur Organisation im 7. Bezirk (Rheinland-Westfalen). Von den 702 Bergbauarbeitern und Helfern gehören dort nur 105 = 15 Prozent einer Organisation an. Die beste Prozentzahl weist der 8. Bezirk (Schleswig-Holstein-Hamburg) auf. Dort sind von 878 Arbeitern 808 = 92 Prozent organisiert. Auch

Tabelle III.

Übersicht über das Organisationsverhältnis.

Ort	Monteurs		Hilfs-Monteurs		Helfer		Sonstige		Davon organisiert
	insgesamt	organisiert	insgesamt	organisiert	insgesamt	organisiert	insgesamt	organisiert	
I. Bezirk:									
Danzig	16	9	7	—	80	1	5	18	38
Königsberg	20	9	4	1	—	—	—	24	42
Posen	15	—	—	—	5	—	1	20	1
Hofstad	4	—	3	2	6	6	—	18	6
Stettin	18	10	2	26	6	1	29	10	41
Summa	78	27	2	40	0	1	70	17	185
II. Bezirk:									
Breslau	63	43	1	14	?	?	55	?	?
Kattowitz	46	15	2	30	10	1	89	8	165
Summa	109	58	3	44	10	1	144	8	1297
III. Bezirk:									
Landsberg a. W.	5	—	—	—	—	—	8	3	13
IV. Bezirk:									
Chemnitz	46	12	12	4	—	—	36	?	86
Crimmitschau	80	18	3	36	6	—	4	—	70
Dresden	108	75	2	—	—	—	93	37	201
Greif	3	1	2	6	—	2	7	—	16
Kirchberg i. E.	14	14	—	—	—	—	17	13	31
Leipzig	100	79	5	19	19	—	69	63	188
Limbach	11	1	10	—	—	—	—	—	12
Pflaumen i. B.	10	2	—	11	2	—	10	1	31
Zwickau	5	3	1	—	—	—	4	—	11
Summa	327	205	35	78	27	2	241	114	646
V. Bezirk:									
Deßau	6	4	2	4	4	—	7	5	17
Erfurt	38	16	6	7	4	3	9	6	54
Halle a. S.	20	14	1	13	12	—	3	1	36
Hannover	205	95	7	4	4	—	11	9	220
Magdeburg	32	26	—	23	21	—	4	2	59
Nordhausen	11	—	—	—	—	—	—	—	11
Wernigerode	5	5	—	—	—	—	3	—	8
Summa	317	160	16	51	45	3	37	23	4405
VI. Bezirk:									
Bremen	95	76	3	—	—	—	94	84	189
Elmsborn	5	3	—	2	1	—	10	7	17
Flensburg	9	9	—	—	—	—	16	9	25
Hamburg	196	195	1	75	70	—	290	207	64
Harburg	3	2	—	—	—	—	1	—	4
Kiel	22	20	1	10	10	—	16	15	48
Lübeck	6	6	—	3	3	—	11	3	20
Neubrandenburg	2	2	—	—	—	—	—	—	2
Schleswig	3	2	—	—	—	—	7	—	10
Summa	341	315	5	90	84	—	445	325	79
VII. Bezirk:									
Lachen	8	1	7	7	1	—	6	1	21
Sarmen	60	42	1	—	—	—	83	27	143
Wochum	39	5	1	40	—	—	45	—	124
Wuisburg	10	1	—	—	—	—	12	—	22
Düffeldorf	72	17	—	30	—	—	101	—	203
Essen a. d. R.	16	11	—	—	—	—	20	13	36
Gasse	10	3	—	—	—	—	10	5	20
Köln a. Rh.	60	14	8	24	—	—	42	2	126
Krefeld	25	—	—	—	—	—	10	1	35
Rheydt	7	—	—	—	—	—	4	—	18
Renscheid	7	2	—	—	—	—	7	2	14
Summa	314	96	17	108	1	—	340	50	1762
VIII. Bezirk:									
Larmstadt	8	6	1	—	—	—	4	—	12
Frankfurt a. M.	82	73	—	19	18	—	82	70	183
Kassel	7	5	—	17	8	—	—	—	24
Mainz	43	42	—	—	—	—	56	49	99
St. Ingbert	6	—	—	2	—	—	3	—	11
Wiesbaden	28	19	—	9	7	—	7	4	44
Summa	174	145	1	47	33	—	152	123	2873
IX. Bezirk:									
Freiburg i. Br.	11	10	1	5	4	—	5	4	21
Göppingen	13	8	—	—	—	—	—	—	13
Karlshöhe	41	17	—	2	1	—	2	1	45
Kaiserslautern	72	14	—	—	—	—	152	68	224
Ludwigschafen	25	10	—	15	4	—	20	9	60
Mannheim	7	7	—	—	—	—	3	—	15
Mühlhausen i. E.	5	—	—	—	—	—	—	—	5
Offenburg	3	2	—	—	—	—	2	—	5
Strasbourg	23	16	—	19	7	—	9	3	51
Stuttgart	62	18	—	39	9	—	17	4	118
Summa	282	102	1	80	25	—	215	84	657
X. Bezirk:									
Hugsburg	22	4	5	12	2	—	6	—	40
München	57	54	—	53	43	—	110	80	220
Würzburg	6	—	—	—	—	—	3	—	12
Summa	85	58	5	68	45	—	119	80	272
XI. Bezirk:									
Berlin	483	164	121	16	4	8	500	198	221

Bestenfalls kann man sich auf die Statistik der Metallarbeiter in Berlin verlassen, die die Statistik der Metallarbeiter in Berlin zeigt, dass die Zahl der Arbeiter in den Betrieben im Laufe des Jahres 1908 im Vergleich mit dem Vorjahre um 1,2% zugenommen hat.

Es gehörten also zur Zeit der Aufnahme der Statistik von den 6189 auf Bergbauanlagen beschäftigten Arbeitern 3205 = 52 Prozent einer Organisation an, davon dem Deutschen Metallarbeiter-Verband 2685 = 43 Prozent, anderen Organisationen 520 = 8 Prozent. Die Höhe der Löhne und die Arbeitsverhältnisse im allgemeinen können aber nur dann geregelt und die Verbesserungen aufrecht erhalten werden, wenn eine gute Organisation vorhanden ist.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Frühling hat der industriellen Tätigkeit keine Belebung gebracht, auch die Hoffnung, daß die wirtschaftliche Situation, wie sie sich im Monat März gestaltete, keine Verschlechterung mehr erfahren wird, erwies sich als irrig. Das zweite Quartal des Jahres 1908 begann mit einer Abschwächung, die in den jetzt zur Veröffentlichung gelangenden Produktions- und Betriebsausweisen deutlich zum Ausdruck gelangt. Eine Besserung vollzog sich bisher nur am Geldmarkt, doch trotz der Verbilligung der Leihzinsen erfährt die Produktion auf den wichtigsten Gebieten unserer Industrie Einschränkungen, der Handel ging zurück, die Verkehrseinnahmen fielen, als Folge trat die Verschlechterung der Lage des Arbeitsmarktes so schroff hervor, daß das Ergebnis auch weniger optimistisch veranlagte Kreise überraschte.

	1906	1907	1908
Januar	1018461	1062152	1061329
Februar	938434	978191	994186
März	1058527	1099267	1046998
April	1019149	1077703	979866

In der Produktionsverminderung ist Rheinland-Westfalen, das Saargebiet, Luxemburg und besonders das Siegerland beteiligt, die Produktion der ober-schlesischen Hoheöfen hielt sich jedoch fast unverändert. Die Gesamtproduktion in den ersten vier Monaten des Jahres 1908 betrug sich auf 4082379 Tonnen gegen 4217303 Tonnen in der gleichen Vorjahreszeit.

Der Stahlvertrieb hatte bald nach Bekanntgabe der März-Ziffern offiziell mitteilen lassen, daß das Ergebnis im Monat April voraussichtlich wesentlich ungünstiger ausfallen würde als im Vormonat. Das Syndikat wollte die Zahlen des Aprilverbandes der Öffentlichkeit nicht ganz unvorbereitet übergeben, denn der Rückgang ist so erheblich, daß selbst die ungünstigsten Annahmen überstiegen werden. Der Verband an Produkten A betrug 371956 Tonnen gegen 486468 Tonnen im März 1908 und 481934 Tonnen im April 1907. Ziemlich gleichmäßig ist der Rückgang für Halbzeug, Formeisen, am stärksten ist die Abnahme in Eisenbahnmaterial. Seit dem Bestehen des Stahlverbandes ist der Verband in keinem Frühjahrsmonat so niedrig gewesen wie heuer. Auch im Jahre 1904 überstieg der Aprilverband den diesjährigen noch um circa 40000 Tonnen. Ein Vergleich der Versandziffern zeigt, daß in der Zeit vom Oktober 1907 bis April 1908 der Versand gegenüber derselben Zeit des Vorjahres eine Abnahme von fast 500000 Tonnen erfahren hat.

Dieser Rückgang läßt aus den schon mehrfach dargelegten Gründen dabei nicht den ganzen Umfang der verschlechterten Lage unserer Eisenindustrie erkennen. Der Halbzeugexport ist nach den bisher vorliegenden Ziffern der Reichstatistik für das erste Quartal 1908 mit 88020 Tonnen gegenüber dem Vorjahre um 42 Prozent gestiegen. Berücksichtigt man, daß die Auslandsverkäufe zu erheblich niedrigeren Preisen als im inländischen Konsum zugegangen werden erfolgen, daß ferner die unattraktiv hohen Kohlenpreise noch immerfort bestehen, während die Fertigfabrikpreise einen förmlichen Sturz erfahren haben, so gewinnt man eine kleine Vorstellung von dem Druck, den die Politik der Syndikate auf die reinen Werke ausübt. Neuerdings sollen die reinen Werke eine Aktion eingeleitet haben, um die Aufhebung der Zölle für Roheisen, Halbzeug und Schrott herbeizuführen. Der Einfuhrzoll für Roheisen stellt sich auf 10 M, für Halbzeug auf 15 und für Schrott auf 10 M pro Tonne. Für die deutsche Industrie, die Roheisen und Halbzeug verbraucht, würde die Aufhebung der Zölle von wesentlichem Vorteil sein, es kämen alsdann für Roheisen England und die Vereinigten Staaten, für Halbzeug Amerika und Frankreich als Lieferanten in Frage, die deutschen Syndikate würden bei einer derartigen Veränderung der Situation sich wohl eher zu Konzessionen geneigt zeigen. Nach einer Meldung der Kölnischen Zeitung soll der Antrag auf Aufhebung der Eisenzölle bei der gegenwärtig herrschenden Stimmung nach Ansicht einiger Abgeordneter bei der Mehrheit des Reichstages Aussicht auf Erfolg haben. Die bisherige Haltung der Mehrheitsparteien des Reichstages in Zollfragen läßt nach unserer Meinung diese Erwartung als sehr kühn erscheinen. Die Blockmajorität wird sich zur Beseitigung oder Einschränkung der Eisenzölle wohl ebenso wenig verstehen, wie zu der Aufhebung der Getreidezölle, obwohl die Preise für Brotgetreide sich fast banern auf einem so hohen Niveau behaupten, daß der Volkswirtschaft beträchtlich zurückgegangen ist und ohne Übertreibung von Hungerpreisen gesprochen werden darf.

Auf den deutschen Eisenbahnen sind die Gesamteinnahmen aus dem Verkehre mit rund 184 Millionen Mark im April 1908 gegen den April des Vorjahres um 2,1 Millionen Mark zurückgegangen. Der März erbrachte gegenüber dem Vorjahre zwar eine Mindereinnahme von 5,92 Millionen Mark, doch im März entfiel die Mindereinnahme mit 3,99 Millionen Mark auf den Personenverkehr, so daß die Abnahme im Güterverkehr nur 1,93 Millionen Mark betrug. Im April 1908 jedoch beträgt die Mindereinnahme aus dem Güterverkehr gegenüber dem Vorjahre 3,43 Millionen Mark, während aus dem Personenverkehr eine Steigerung der Einnahme um 1,22 Millionen Mark zu verzeichnen ist. Die Gesamtergebnisse im Güterverkehr während des laufenden Jahres ergibt sich aus den folgenden Ziffern für die ersten vier Monate. Es wurden ver-

	im Januar	im März
Januar	124068865 M	131594020 M
Februar	126262701 M	124860935 M

Während einseitig entsprechend der gegenwärtigen Wirtschaftslage die Gründungen neuer Gesellschaften wieder erheblich nachgelassen haben, werden die Kapitalerhöhungen der Aktien-, Gesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung eine Steigerung auf. Nach einer Statistik der Monatshefte für Finanz- und Bankwesen die Zahl im April an Gründungen erfolgt:

	gegen 20082000 M im März 1908	gegen 58420000 M im April 1907
zusammen 39997000 M Kapital		
gegen 68767000 M im März 1908		
und 55456000 M im April 1907		
Kapitalerhöhungen haben im April 1908 stattgefunden:		
bei 91 Aktiengesellschaften mit 49048000 M Kapital und		
71 Gesellschaften m. b. H. mit 10897000 M		
zusammen 60549000 M Kapital		
gegen 20082000 M im März 1908		
und 58420000 M im April 1907		

Von Unternehmungen, die sich mit der Bearbeitung von Metall und der Maschinenfabrikation befassen, sind in Form von Aktiengesellschaften im April 1908 zwei mit einem Kapital von 1,20 Millionen Mark gegründet worden gegen vier mit einem Kapital von 11,15 Millionen Mark im Vorjahre; in Form von Gesellschaften mit beschränkter Haftung 29 mit einem Kapital von 2,76 Millionen Mark gegen 19 mit 8,66 Millionen Mark im Vorjahre. Die starke Zunahme der Kapitalerhöhungen, an denen metallindustrielle Betriebe recht beträchtlich partizipieren, ist auf die Verbesserung der Geldmarktverhältnisse zurückzuführen. Die zum Teil schon lange geplante Ausgabe neuer Aktien wird jetzt beschleunigt, zum Teil betreiben die Banken diese Kapitalerhöhungen, um die den betreffenden Unternehmungen gewährten Kredite auf diese Weise zur Ablösung zu bringen.

In der Generalversammlung der Aktiengesellschaft Weser, die eine Zuzahlung von 40 Prozent auf das Aktienkapital beschloß, wurde angekündigt, daß die der Gesellschaft nachstehenden Banken ihr einen größeren Kredit bewilligt hätten, der dann bei der ersten Gelegenheit in eine Anleihe umgewandelt werden soll. Das erste Halbjahr des Geschäftsjahres (Juli bis Dezember) schloß bei der Gesellschaft mit einem Verlust von 809465 M ab. Eine am 31. März aufgestellte Probebilanz hat keine neuen Verluste ergeben, vielmehr ist nach Angabe der Verwaltung eine Verringerung des Bilanzverlustes um 5000 M eingetreten. Bei der Schiffswerft Friedrichs ergab sich für das verlossene Jahr ein rechnungsmäßiger Verlust von 365399 M. Der Bericht erwähnt, daß der Verlust noch größer gewesen wäre, wenn nicht ein Teil der Ausfälle durch Herabgabe von Aktien von dritter Seite gedeckt worden wäre. Dem Vernehmen nach soll diese dritte Seite der Vorbesitzer des Werkes sein, der die Betriebe bei der Gründung in einer für ihn sehr vorteilhaften Weise eingebracht haben soll. Der Geschäftsgang ist nach den Mitteilungen der Generalversammlung zurzeit wenig befriedigend, es sind wenig Ausflüchte auf Verbesserung vorhanden, da neue Aufträge nur schwer erhältlich sind. Die Hamburger Filiale soll daraufhin eingehend untersucht werden, ob sich ihre Aufhebung empfehle. — Die Nordseewerke in Emden, deren wenig rühmliche Gründungsgeschichte bekannt ist, befanden sich im Geschäftsjahr 1907 in dem eingeleiteten Sanierungsprozeß. Nach dem Geschäftsbericht gingen in das neue Jahr an Aufträgen drei Seefrachtdampfer und Sclentonsfrachtarbeiten über. Hierzu sind im neuen Jahre diverse Leichterstrukturen und verschiedene Reparaturaufträge gekommen, womit einschließend der noch zu erwartenden Reparaturarbeiten bis September dieses Jahres die Gesellschaft ziemlich voll beschäftigt sein werde. Für eine halbjährige Verbesserung seien noch feinerlei Anzeichen bemerkbar. Der Geschäftsbericht der Fellen & Guillaume-Lahmeyerwerke, deren Ergebnisse im Jahre 1907 wir bereits in der letzten Rundschau vermerkten, gibt an, daß die eingegangenen neuen Aufträge die Vorjahressummen übersteigen, bei dem Kurswerte stärker, bei dem Dynamowerke geringer. Andererseits ist auch die Summe der abgelieferten Waren um rund 16 Prozent höher, so daß die Auftragsbestände bei Jahresabschluss insgesamt etwas geringer sind als im Vorjahre. Die in den ersten vier Monaten des Jahres hinzugekommenen weiteren Aufträge erreichen ihrer Wertsumme nach nicht ganz diejenigen der gleichen Vorjahreszeit. Ebenso wie bei der Beurteilung des Auftragsbestandes ist jedoch hierbei zu berücksichtigen, daß die Rohmaterialwerte ganz erheblich geringer sind als im Vorjahre. Die Beschäftigung der Hauptabteilungen sei daher als befriedigend zu bezeichnen. Bemerkenswert ist die weitere Mitteilung der Gesellschaft, daß die neuen Handelsverträge für sie für eine Reihe von Artikeln und Ländern eine erhebliche Verschlechterung der Absatzverhältnisse bedeuten. Es lasse sich nunmehr erkennen, daß die Ausfuhr durch die neuen Zollverordnungen in fremden Ländern immer schwieriger wird.

Aus den Berichten und sonstigen Rundgeboten von Aktiengesellschaften verzeichnen wir folgende Mitteilungen einzelner Verwaltungen über die Geschäftsausflüchte im laufenden Jahre: Der Vorstand der Aktiengesellschaft für Bergbau- und Eisenkonstruktion vormals Jakob Hilgers in Rheinbrohl a. Rh. führt aus: Die Gesellschaft habe selbstverständlich, wie auch alle anderen Gewerbe, unter der Ungunst der Marktlage zu leiden. Andererseits könne aber doch festgestellt werden, daß die Gesellschaft noch in allen Betrieben beschäftigt sei und dies auch für noch mehrere Monate sein werde. Sie habe bisher weder Arbeiter zu entlassen brauchen, noch Verringerung der Löhne eintreten lassen. Wenn auch für das zweite Halbjahr jeder genaue Anhalt begütigend der Arbeitsmenge fehle, so glaube die Verwaltung doch, daß die Gesellschaft auch für das laufende Jahr ein im Rahmen der heutigen Lage günstiges Gesamtergebnis erzielen werde, natürlich sofern nicht besondere, außergewöhnliche Verhältnisse eintreten. — Gebrüder Böhler & Co., Aktiengesellschaft in Berlin, berichtet, daß der Bestellscheinlauf sich abgeschwächt habe, jedoch sei die Beschäftigung im Durchschnitt anhaltend so gut, daß auch für das neue Geschäftsjahr ein befriedigendes Ergebnis erwartet werden könne. — Die Maschinenfabrik für Mühlenbau vormals C. G. W. Kapler, Berlin, bezieht die Ausflüchte für das laufende Jahr als befriedigend. — Die Mühlenbauanstalt und Maschinenfabrik Sed. Dresden, teilt mit, daß die Beschäftigung sowie der Eingang an Bestellungen im gegenwärtigen Geschäftsjahr als befriedigend zu bezeichnen sei. — Die Panzer-Aktiengesellschaft schreibt, daß sie auch in diesem Jahre noch sehr stark beschäftigt sei. — Die Aktiengesellschaft Deutsche Kabelwerke in Vöglagen-Rummelsburg berichtet, daß das Unternehmen nach wie vor in allen Abteilungen gut beschäftigt ist. — Die Maschinenfabrik Gebr. Guttsmann (Breslau) erklärt, daß der Auftragsbestand gegenwärtig höher sei als im Vorjahre. Mit Aufträgen des Staates und der städtischen Behörden sei die Gesellschaft gut versehen. — Potorny & Wittekind, Maschinenbau-Aktiengesellschaft Frankfurt a. M., berichtet, daß der Auftragsbestand Mitte April erheblich größer gewesen sei als in den Vorjahren. — Die Schalker Herd- und Ofenfabrik F. Ripperbusch & Söhne, Aktiengesellschaft Gelsenkirchen, erklärt, daß der wirtschaftliche Niedergang auch einzelne Betriebsabteilungen der Gesellschaft beeinträchtigte, doch sehe der Vorstand nicht schwarz in die Zukunft, weil das Unternehmen in der Hauptfache Gebrauchsartikel herstellt, deren Konsum unternehmungsgemäß

Der Vorsitzende Thomaßschek erklärte, er habe bisher noch keine...

Der Vorsitzende Thomaßschek erklärte, er habe bisher noch keine...

Der Vorsitzende Thomaßschek erklärte, er habe bisher noch keine...

Der Vorsitzende Thomaßschek erklärte, er habe bisher noch keine...

Der Vorsitzende Thomaßschek erklärte, er habe bisher noch keine...

Der Vorsitzende Thomaßschek erklärte, er habe bisher noch keine...

Der Vorsitzende Thomaßschek erklärte, er habe bisher noch keine...

Der Vorsitzende Thomaßschek erklärte, er habe bisher noch keine...

Der Vorsitzende Thomaßschek erklärte, er habe bisher noch keine...

Der Vorsitzende Thomaßschek erklärte, er habe bisher noch keine...

Der Vorsitzende Thomaßschek erklärte, er habe bisher noch keine...

Der Vorsitzende Thomaßschek erklärte, er habe bisher noch keine...

Der Vorsitzende Thomaßschek erklärte, er habe bisher noch keine...

Der Vorsitzende Thomaßschek erklärte, er habe bisher noch keine...

Der Vorsitzende Thomaßschek erklärte, er habe bisher noch keine...

Der Vorsitzende Thomaßschek erklärte, er habe bisher noch keine...

Der Vorsitzende Thomaßschek erklärte, er habe bisher noch keine...

Der Vorsitzende Thomaßschek erklärte, er habe bisher noch keine...

Der Vorsitzende Thomaßschek erklärte, er habe bisher noch keine...

Der Vorsitzende Thomaßschek erklärte, er habe bisher noch keine...

Der Vorsitzende Thomaßschek erklärte, er habe bisher noch keine...

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Vertrauen zu vermeiden und eine geeignete Ver...

Für die jugendlichen männlichen Mitglieder wird eine Beitrags...

Die Ortsverwaltungen, Geschäftsführer und Bevoll...

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des...

Der Verwaltungsstelle Röhren 5 3 pro Woche für jugendliche...

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Freiburg i. B.:

Der Arbeiter Frz. Meyer, geb. am 18. Januar 1874 zu Braun...

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Ludenwalde:

Der Hilfsarbeiter Otto Lange, geb. am 25. August 1884 zu...

Wieder aufgenommen wird:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Schweinfurt:

Der Dreher Alois Wolf, geb. am 30. Mai 1870 zu Anstetten.

Anzuhalten und an den Vorstand einzufenden sind behufs...

Lit. A. Buch-Nr. 307201 des Schlossers Nicol. Steinbeck, geb.

Buch-Nr. 7 des Feilenhauers Karl Sacher, geb. am 30. Mai 1860...

Buch-Nr. 2 des Drehers Wilh. Schwarz, geb. am 2. Febr. 1884...

Gestohlen wurde:

Buch-Nr. 611486, lautend auf den Hilfsarbeiter Gerben van...

Buch-Nr. 894886, lautend auf den Schlosser Aug. Schampera,

In Biberach ist dem Reifegelbauzahler der kleine Orts...

Anforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich...

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Eisenach:

Der Feilenhauer Herm. Wernsdorf, geb. am 12. Nov. 1877...

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Ehlingen:

Der Former Bruno Pischang, geb. am 28. Februar 1889 zu...

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Karlsruh:

Der Metallarbeiter Eduard Siebenhöfer, geb. am 9. März...

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Straubing:

Der Eisendreher Frz. Krampfl, geb. am 22. Nov. 1888 zu...

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an...

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! - Zutug ist fernzuhalten:

von Bijouterie- und Goldarbeitern nach Paris;

von Metallarbeitern der Gewerbe nach Wuppertal (Wuppertal...

von Metallarbeitern nach sämtlichen Schwarzwaldböden;

(Die mit A. und B. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, die über...

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung...

Der Arbeitssanahme in Orten, wo keine der obigen An...

Korrespondenzen.

Feilenhauer.

Hamburg, Altona und Harburg. Das in früherer Zeit wohl...

Glennepner.

Mannheim. Die im Jahre 1905 mit den Meistervereinigungen...

Mechaniker.

Düsseldorf. Die Weidendeische Apparatebaugesellschaft (Inhaber...

Hamburg. In einer Versammlung der Feinmechaniker, Ge...

Berichtigung.

In dem in Nr. 20 dieses Blattes enthaltenen Artikel über die...

nicht, deren Mitarbeiter auch gleichartig Mitglieder der Gewerkschaften werden. Diese werden auf dem Deutschen Reichstag...
 Die Arbeiter müssen sich nicht nur mit der Arbeit befassen, sondern auch mit der Organisation...
 Die Arbeiter müssen sich nicht nur mit der Arbeit befassen, sondern auch mit der Organisation...
 Die Arbeiter müssen sich nicht nur mit der Arbeit befassen, sondern auch mit der Organisation...

Metallarbeiter-Frage.
 Die Arbeiter müssen sich nicht nur mit der Arbeit befassen, sondern auch mit der Organisation...

Metallarbeiter.

Die Arbeiter müssen sich nicht nur mit der Arbeit befassen, sondern auch mit der Organisation...
 Die Arbeiter müssen sich nicht nur mit der Arbeit befassen, sondern auch mit der Organisation...
 Die Arbeiter müssen sich nicht nur mit der Arbeit befassen, sondern auch mit der Organisation...

Die Arbeiter müssen sich nicht nur mit der Arbeit befassen, sondern auch mit der Organisation...
 Die Arbeiter müssen sich nicht nur mit der Arbeit befassen, sondern auch mit der Organisation...

Metallarbeiter.

Die Arbeiter müssen sich nicht nur mit der Arbeit befassen, sondern auch mit der Organisation...
 Die Arbeiter müssen sich nicht nur mit der Arbeit befassen, sondern auch mit der Organisation...
 Die Arbeiter müssen sich nicht nur mit der Arbeit befassen, sondern auch mit der Organisation...

Hannover-Nutzen. Im Betrieb der Telefonfabrik vorwärts...
 Die Arbeiter müssen sich nicht nur mit der Arbeit befassen, sondern auch mit der Organisation...
 Die Arbeiter müssen sich nicht nur mit der Arbeit befassen, sondern auch mit der Organisation...

Jahr	die Einnahme aus Arbeitermitteln	die Summe der gesamten Pensionen	der Überschuss aus Arbeitermitteln
1895	643252	602681	40371
1896	814301	697913	136448
1897	1229074	850006	279068
1898	1297157	935000	362157
1900	1345947	1077221	268726
1901	1286429	1114451	111977

Es sind mithin nicht nur in den sechs Jahren die Pensionen aus Arbeitermitteln...
 Die Arbeiter müssen sich nicht nur mit der Arbeit befassen, sondern auch mit der Organisation...
 Die Arbeiter müssen sich nicht nur mit der Arbeit befassen, sondern auch mit der Organisation...

Die Arbeiter müssen sich nicht nur mit der Arbeit befassen, sondern auch mit der Organisation...
 Die Arbeiter müssen sich nicht nur mit der Arbeit befassen, sondern auch mit der Organisation...
 Die Arbeiter müssen sich nicht nur mit der Arbeit befassen, sondern auch mit der Organisation...

Die Arbeiter müssen sich nicht nur mit der Arbeit befassen, sondern auch mit der Organisation...
 Die Arbeiter müssen sich nicht nur mit der Arbeit befassen, sondern auch mit der Organisation...
 Die Arbeiter müssen sich nicht nur mit der Arbeit befassen, sondern auch mit der Organisation...

